



Radikale Reformen: CDU drängt CSU

Interview mit Hildegard Müller, MdB

Sie zählt zum engeren Führungskreis im Bundesvorstand der CDU und gilt als wichtige Vertraute der Parteivorsitzenden Angela Merkel: Hildegard Müller, geb. 1967, Mitglied des Deutschen Bundestages. Vier Jahre (1998 bis 2002) lang war die Diplom-Kauffrau Bundesvorsitzende der Jungen Union Deutschlands. Als ordentliches Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung zählt Hildegard Müller, die auch den Gesundheitsausschuss der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung leitet, zu den wichtigen Meinungsführern in der gemeinsamen Unionsfraktion. Daß sie dabei nicht immer einer Meinung mit dem Unions-Verhandlungsführer zum GKV-Modernisierungsgesetz, Horst Seehofer, ist, verschweigt sie uns in dem nachfolgenden Interview nicht. Christian Berger, Vizepräsident der Bayerischen Landes Zahnärztekammer, sprach Ende April im Berliner Reichstag mit Hildegard Müller.

BZB: Sind Sie mit der Umsetzung des GKV-Modernisierungsgesetzes zufrieden?

Hildegard Müller: Das GMG war und ist ein Kompromiß. Mit Kompromissen kann man nie ganz zufrieden sein. Dies habe ich bei der Abstimmung im vergangenen Jahr auch deutlich gemacht. Aber die Union hat mit der Zustimmung zu diesem Gesetz Schlimmeres verhindert und durfte sich angesichts der dramatischen Finanzlage der gesetzlichen Krankenversicherung auch nicht weigern. Zugleich konnten wir so fatale Pläne, die noch im ersten GMG-Entwurf von Rot-Grün enthalten waren, entschärfen.

BZB: Hat sich die Politik von der Reform nicht mehr erwartet, insbesondere sinkende Beiträge für die Versicherten?

Hildegard Müller: In der Tat wären wir heute froh, wenn die Ziele des Gesetzes überhaupt erreicht würden. Zur Zeit liegt ein durchschnittlicher Beitragssatz von 13,6 Prozent doch leider noch in der Ferne. Die weiterhin schlechte Konjunktur leistet hierzu auch ihren negativen Beitrag. Aber die CDU-Vertreter haben auch immer darauf hingewiesen, daß dieses Gesetz nur eine „Notoperation“ sein kann, bevor eine grundlegende Strukturreform kommt. Deshalb habe ich im vergangenen Jahr auch in der „Herzog-Kommission“ der CDU mitgearbeitet. In diesen Vorschlägen sehe ich den richtigen Schritt zur Lösung der Probleme.

BZB: Steuerreform, Arbeitsmarkt – hier ist die Union zu radikalen Reformen bereit. Wie steht es denn mit einer großen Strukturreform im Gesundheitswesen?

Hildegard Müller: Ich glaube, daß die CDU hier unter den Parteien bereits am weitesten und konkretesten mit ihren Überlegungen ist. Während andere noch grob über sogenannte „Bürgerversicherungen“ fabulieren, hat die CDU mit der „Herzog-Kommission“ und zahlreichen Experten wirklich hart um dieses Thema gerungen. Die „Gesundheitsprämie“ wäre ein echter Befreiungsschlag und ein sicheres System für die Zukunft. Ich nenne nur einige Vorteile: intelligente Prämienmodelle, Kostenerstattung als Kontrollinstrument und Sozialausgleich über das Steuersystem.

BZB: Wie organisieren Sie den Dialog mit den Gesundheitsberufen, um eine solche Strukturreform voranzubringen? Oder stützen Sie sich alleine auf die Ergebnisse von Kommissionen?

Hildegard Müller: Die zuständige Arbeitsgruppe der Bundestagsfraktion sucht regelmäßig und oft tagesaktuell das Gespräch mit



Foto: BLZK-Archiv

Bundestagsabgeordnete Hildegard Müller und BLZK-Vizepräsident Christian Berger bei der gemeinsamen Lektüre des Bayerischen Zahnärzteblatts.

den Gesundheitsberufen. Auch ich habe dabei eine Fülle von Terminen. In Nordrhein-Westfalen ruft die CDU gerade einen „Gesundheitspolitischen Arbeitskreis (GPA)“ ins Leben, in dem ich mitarbeite. Er orientiert sich dabei in Struktur und Aufgaben auch am GPA der CSU in Bayern. Für mich persönlich kommt hier noch die Kommission für Gesundheitspolitik in der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung von CDU und CSU hinzu, in der Berufstätige quer durch die gesamte Branche ihre Ideen einbringen und die ich leite.

BZB: *Ihr Fraktionskollege Horst Seehofer hat unmittelbar nach den Gesprächen mit der Bundesregierung zum GMG erklärt, daß eine grundlegende Reform „nicht mehr mit dem bestehenden System“ geht. Lange schien es, als ob die CSU sich für einen Systemwechsel in Richtung Bürgerversicherung entscheiden möchte. Ist das auch Ihr Vorschlag in der gemeinsamen Unionsfraktion?*

Hildegard Müller: Der CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber hat ganz deutlich gemacht, daß die sogenannte „Bürgerversicherung“ zu weniger Wettbewerb und somit zum Nachteil der Versicherten führen würde. Und auch

Horst Seehofer hat im November ja bereits deutlich gemacht, daß er eine Absage seiner Partei an die Bürgerversicherung akzeptiere. Für die CDU kann ich nur nochmals unterstreichen, daß sie eine „Bürgerversicherung“ ausdrücklich ablehnt. Allerdings gibt es zwischen den Unionsparteien und somit auch in der Bundestagsfraktion über ein gemeinsames Konzept noch unterschiedliche Auffassungen. Ich hoffe, daß wir dies bald klären können. Für mich steht fest, daß ich auch weiterhin das Prämienmodell klar einer erneuten Reform des bisherigen Systems vorziehe.

BZB: *Angela Merkel hat in der Bundestagsdebatte zum GMG gesagt, die Union wolle den Arztberuf wieder in einen Freien Beruf „umwandeln“. Hätte man dann die medizinischen Versorgungszentren, die ja in der Tradition der Polikliniken in der ehemaligen DDR stehen, nicht anders organisieren müssen?*

Hildegard Müller: Ein zentrales Ziel von Rot-Grün war ja die flächendeckende Einführung von sogenannten „Gesundheitszentren“. Diese Zentren sollten nach Auffassung der Koalition auch durch Träger der öffentlichen Hand, von Wohlfahrtsverbänden oder



sogar den Krankenkassen betrieben werden. In den Zentren sollten überwiegend angestellte Ärzte und andere Gesundheitsberufe tätig sein. Diese Konstruktion hätte also eine deutliche Schwächung der freiberuflich tätigen Ärzte zur Folge gehabt.

Dies konnte durch die Union weitgehend verhindert werden. Bei der jetzt gefundenen Lösung können sowohl Freiberufler als auch angestellte Ärzte in diesen Zentren, die eigenständig unternehmerisch geführt werden müssen, tätig sein.

Darüber hinaus wurde auch die von Rot-Grün ursprünglich geplante fachärztliche Versorgung auf der Grundlage von Einzelverträgen mit den Krankenkassen ersatzlos gestrichen. Das „Drei-Säulen-Modell“ von CDU und CSU stellt sicher, daß Ärzte und Krankenkassen als gleich starke Verhandlungspartner um die bestmöglichen Versorgungskonzepte im ambulanten ärztlichen Bereich in einen Wettbewerb treten.

BZB: Auf Ihrem Leipziger Parteitag im Jahr 2003 hat sich die CDU dafür ausgesprochen, das Kostenerstattungsprinzip zum Regelfall in der Gesetzlichen Krankenversicherung zu erklären. Mit dem GMG sind wir davon jedoch weiter entfernt als zuvor. Wäre es nicht sinnvoll gewesen, auf die Einführung der Praxisgebühr zu verzichten und statt dessen die Kostenerstattung – auch aus Gründen der Transparenz – obligatorisch zu machen?

Hildegard Müller: Dies sehe ich etwas anders. Das GMG hat beim Thema Kostenerstattung sogar Tore geöffnet: Die bisher von Rot-Grün immer wieder bekämpfte Möglichkeit für alle Versicherten, die Kostenerstattung zu wählen, konnte von der Union für den gesamten ambulanten Bereich durchgesetzt werden. Nachdenklich stimmt mich indes, wie dies letztlich umgesetzt wurde und wie viele Ängste dagegen immer wieder geschürt werden.

Auf dem Parteitag hat sich die CDU allerdings vorgenommen, das Kostenerstattungsprinzip im ambulanten Bereich für alle Versicherten zum Regelfall zu machen. Das Sachleistungsprinzip soll künftig eine Ausnahme sein. Damit würde auch auf seiten

der Versicherten das Kostenbewußtsein gestärkt. An der Selbstbeteiligung führt allerdings kein Weg vorbei, wobei ich mehr auf prozentuale Modelle setze.

BZB: In Vorbereitung des Parteitags hatte die Herzog-Kommission noch vorgeschlagen, Zahnersatz und Zahnbehandlung aus dem Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenversicherung zu streichen. Davon ist im Beschluß des Parteitags nicht mehr viel übrig geblieben. Warum eigentlich nicht?

Hildegard Müller: Wir haben im Gegensatz zum „Herzog-Vorschlag“ den Beginn unserer Reform vorgezogen. Dadurch und durch den auf dem Parteitag beschlossenen Grundbeitrag werden der Gesetzlichen Versicherung Einnahmen gesichert, mit denen der Leistungskatalog einschließlich der Zahnbehandlung finanziert werden kann. Dies erschien einer Mehrheit der Delegierten als ausreichend.

Ich bin trotzdem weiterhin der Auffassung, daß die Überführung der Leistungen für die medizinische Zahnbehandlung in eine private Versicherungspflicht der bessere Weg ist. Zumal wir in der Zahnmedizin ein Feld haben, in der Prävention eine wichtige und zugleich für jeden so leicht verständliche Rolle spielt. So hätte jeder von seiner individuellen Vorsorgeleistung profitieren können. Aber vielleicht sorgt ja hier die Ausgliederung des Zahnersatzes aus der GKV im nächsten Jahr noch für einen positiven Meinungswandel. Ich gebe da die Hoffnung noch nicht auf.

BZB: Frau Müller, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.